

## Ansicht:

Nach der Wahl von Vizekanzler und Bundesratssprecher Achille Casanova zum Ombudsmann der SRG herrsche im Publikumsrat Unmut, wie die «NZZ am Sonntag» berichtete. Laut Natalie Rickli, SVP-Gemeinderätin und Mitglied des Publikumsrats, sei das Gremium erst zwei Tage vor der Wahl über den einzigen Kandidaten informiert worden. «Es war mir nicht möglich, mit meiner Partei Rücksprache zu nehmen», lautete Ricklis Kritik. Sie ist der Ansicht, **dass der Publikumsrat keine Auswahl gehabt habe.** Auch könne sie nicht verstehen, warum die Sitzung aus Rücksicht auf Achille Casanova ausnahmsweise in Bern stattgefunden habe statt in Zürich. Normalerweise reise doch der Kandidat zum Wahlgremium, nicht umgekehrt, so Natalie Rickli. **blu.**

## «Es ist feucht und kalt im Ifang.»



**W**interthur bezieht praktisch all sein Trinkwasser aus den Grundwasserströmen von Töss und Eulach. Zürich im Gegensatz muss Seewasser in aufwendigen Verfahren filtern, bevor es Trinkqualität erreicht. Die Landwirtschafts- und Waldböden, die über dem grundwasserhaltigen Kies liegen, übernehmen im Tössstal diese Filterfunktion gratis und franko. Allerdings nur unter der Bedingung, dass der Boden gesund und vor allem nicht überdüngt ist. Landwirte, welche den Boden direkt über dem Grundwasser bewirtschaften, haben strenge Auflagen. Der Neubau eines Landwirtschaftsbetriebes über den Winterthurer Grundwasserbezugsgebieten macht daher Sinn: Der neue Betrieb Ifang wird erst danach alle Gewässerschutzauflagen erfüllen können, was nicht billig ist. Aber der heutige Zustand ist für die Wasserqualität zu riskant und nicht mehr länger haltbar. Alternativen wie Grundwasser vom Rhein mit einer langen Leitung heranzuführen wären wesentlich teurer. Dank einem Ja wird es für die Wasserversorgung Winterthur möglich, alle notwendigen Schutzverträge in der Gemeinde Zell nur noch mit einem Pächter abzuschliessen. Dass der Betrieb Ifang gleichzeitig auf die biologische Produktion umstellen wird, heisst, zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen: Bioprodukte – wie sauberes Trinkwasser – aus unserer Nachbarschaft erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Auch das spricht für ein Ja!

**Matthias Gfeller**, Kulturingenieur, Kantonsrat der Grünen, Winterthur.

**E**s ist trotz baldiger Fasnacht leider wahr, dass der Stadtrat einen neuen Bauernhof im Ifang bauen möchte – für unglaubliche 3,8 Millionen Franken. Alles zum angeblichen Schutz des Trinkwassers, obwohl gerade die Landwirtschaft schlimmste Ursache für nitratbelastetes Trinkwasser ist und dem Grundwassergesetz mit einer Aufhebung oder Redimensionierung dieses Betriebes am besten gedient wäre – das Land könnte so einer natürlicheren Nutzung zugeführt werden. Kommt hinzu, dass in der Schweiz für wenige Kühe ebenso viel Geld ausgeschüttet wird wie für die Bildung eines Kindes und dass der Stadtrat aktuell Winterthurer Tafelsilber wie etwa Liegenschaften am Verhöckern ist – was soll denn noch diese Vorlage? Die Stadtwerke schwimmen im Geld dank übersetzter Monopoleinnahmen aus Gas-, Strom- und Wassergebühren. Dieses die Konsumenten und Wirtschaft schädigende Privileg soll bleiben, unter anderem zugunsten solcher Verlustprojekte ohne Bezug zur harten Winterthurer Realität mit enormen Finanzproblemen, Lohnabbau, immer höheren Schulden und Steuern bei gleichzeitig fehlenden oder schlechten Infrastrukturen wie Südumfahrung, Gartenbad Geiselweid, Jugendherberge et cetera. Winterthur hat zudem gegen 3000 Stadtangestellte (ohne Kantonspersonal) und muss ihr innert zehn Jahren um rund 50 Prozent getunt Budget seitens Kanton alimentieren lassen – ein jahrealter und noch jahrelanger Sanierungsfall also. Gegenteilig

müsste zur Gesundung des Standorts geschehen, und da hilft auch kein millionenteures Stadtmarketing. Nur dank dem EDU-SD-SVP-Referendum erhalten die Stimmbürger Gelegenheit, diese unsinnige Ifang-Vorlage abzuschmettern und damit Politik und Verwaltung endlich zum Masshalten zu zwingen – mitunter einer dringenden Rückbesinnung auf echte staatliche Kernaufgaben.

**Adrian Fluri**, SD-Komitee-Mitglied, Winterthur.

**D**er Ifang liegt idyllisch am Dorfeingang von Zell. Dort nämlich, wo jedes Jahr im Frühling viele Winterthurerinnen und Winterthurer auf der Erdbeerplantage Schütz kilowise Beeren selber pflücken. Das grosse Erdbeerbeet ist bei den Städtern beliebt und wird von der Bauernfamilie sehr gepflegt. Im Gegensatz zur Erdbeerplantage kann das Wohnhaus samt Wirtschaftsgebäude nicht mehr gepflegt werden. Das marode Gebäude ist baufällig, unzweckmässig und bedarf dringend eines Neubaus. Asylbewerber würde niemand in einem solch feuchten und kalten Haus unterbringen, einer Schweizer Bauernfamilie mutet man das zu. Es entsteht kein Luxusbau, sondern ein zeitgemässes und den gesetzlichen Vorgaben entsprechendes Wohnhaus mit landwirtschaftlichem Betrieb. Bitte legen Sie ein Ja in die Urne, damit das unwürdige Wohnen für die Familie ein Ende hat.

**Ursula Bründler**, CVP-Gemeinderätin, Winterthur.

# Tunnel im Heiligberg. Briefe.

Für die dringend notwendige Stadtentwicklung braucht Winterthur ein in die Zukunft weisendes Verkehrskonzept. Der Bau des Heiligbergtunnels, im Gleichschritt mit der Tieferlegung der Vogelsangstrasse, könnte ein mutiger Schritt in die richtige Richtung bedeuten. Der Verkehr würde stadtverträglich von Westen nach Osten oder umgekehrt mit möglichst geringen Immissionen zu den Quell- und Zielgebieten geführt. Das Stadtzentrum und mehrere Stadtteile würden entlastet und aufgewertet. Die Hauptverkehrsachse von Töss über die Zürcherstrasse und die Technikumstrasse wird heute mit durchschnittlich 25 000 Autos pro Tag belastet. Diese extremen Immissionen sind schon lange nicht mehr stadtverträglich und wirtschaftsfördernd. Eine Reduktion ist jedoch

nicht absehbar, da die geplante Tieferlegung der Vogelsangstrasse allein leider nur eine geringe Reduktion des Verkehrs auf der Zürcherstrasse bewirken würde. Zudem würde die unverändert überbelastete Technikumstrasse die für die Stadt Winterthur matchentscheidende Campuserwicklung auch weiterhin empfindlich stören. Der Heiligbergtunnel löst viele der anstehenden Probleme. Er ist die logische Folge einer Stadtentwicklung, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben. Mich freut der Vorstoss, und ich wünsche mir, dass die Stellen, die verantwortlich sind für die Stadtentwicklung, diesen Ball aufnehmen und entsprechende Planungen umgehend in Angriff nehmen.

**Joachim Mantel**, Architekt,  
Winterthur.

Liebe Leserinnen, liebe Leser. Auf diesen Seiten sind Ihre Meinungen zu ärgerlichen, erfreulichen und aufwühlenden Themen und Erlebnissen des täglichen Stadtlebens gefragt und erwünscht! Auch Feedback auf redaktionelle Artikel sowie auf Kolumnen, die im «Stadtblatt» erschienen sind, wird gerne publiziert. Die Redaktion behält es sich auf diesen Seiten jedoch vor, die eingesandten Leserbriefe nach allgemeinem Kürzungsrecht dem Sinn nach zu redigieren und gegebenenfalls zu kürzen. Bitte senden Sie Ihre Beiträge an: «Stadtblatt», Garnmarkt 1, Postfach 2411, 8401 Winterthur; Fax: 052 212 75 07; E-Mail: redaktion@stadtblatt.ch.

**Redaktion & Verlag.**

# Schni – Schna – Schnappi.



Intermzzo.

Musicstar flimmert seit einigen Wochen wieder jeden Sonntagabend über den SF1-Bildschirm. SF DRS erhofft sich neben einem markant grösseren Marktanteil natürlich auch, das Durchschnittszuschauer-Alter von 55 bis 60 Jahren senken zu können.

Die kleinen Zuschauer in der Schweiz fahren in der Tat weniger auf Schni-Schna-Schnappi ab, sondern fanen den Teenie-Stars von morgen zu. Ein Problem haben die Kleinen allerdings, denn die Entscheidung fällt jeweils erst nach 22.30 Uhr. Und nicht alle Mamis und Papis drücken ein Auge zu, sondern es heisst «ab ins Bett, morgen ist Schule». Zum weiteren Leidwesen der Kinder, oder besser

gesagt der Eltern, kostet ein einziger Anruf 70 Rappen – ein Wucher. Aber so viel ich mitbekomme, ist der Grossteil der Eltern da grosszügig. Seien Sie grosszügig, auch bei den Merchandising-Artikeln! Es dürfte das letzte Mal Musicstar sein. Coole Typen wie Baschi und Piero waren gestern.

Heute piepst Julien musicalmässig über die Bühne und versucht sich im Robotertanz, was in der letzten Staffel an Sergio noch gut ausgesehen hat. Dass Dominic, der sich zwei Jahre die Haare nicht gewaschen hat, ausgeschieden ist, war eine glückliche Entscheidung vom und für das Publikum. Der piepsende Julien hat übrigens auch politische Wischi-Waschi-Züge. Als es darum ging, mit dem Friendship-Ticket entweder Dominic oder die von der Jury sehr ungerecht behandelte Valentina zurückzuholen, meinte Julien, er möchte sich nicht entscheiden, da er der Siebte sei. Wenn vor ihm drei Dominic wählen würden und drei Valentina zurückholen möchten, dann hätte er ein Problem.

Als es aber darum ging, auf der Bühne vor Publikum zu verkünden, wer zurückkommen darf, hat Julien

sich dann gerne zur Verfügung gestellt. Ganz kurz sagte er: «Wir nehmen Valentina zurück.» Und in einem dreiminütigen Statement erklärte er dann Dominic, dass es nicht gegen ihn gegangen sei und er seinen Weg machen werde und dass es halt so eine schwere Entscheidung gewesen sei. Also mir kommt dieses Verhalten auch politisch bekannt vor. Wollen doch SP, CVP und FDP darüber hinwegtäuschen, dass sie dem städtischen Personal den Lohn kürzen wollen.

Die Inserate werden mit dem Slogan «Für gesunde Finanzen» beworben. Die mündliche Erklärung heisst «es muss halt sein» – «es geht nicht anders» – «es ist ja nur für zwei Jahre» und «immer noch besser als ...» Dass der Stadtrat bereits jetzt ab 2007 jährliche Einsparungen von 35 Millionen ankündigt hat, soll möglichst nicht gehört werden. Die Details will Ernst Wohlwend erst Ende März verkünden. Könnte das sonst der Abstimmung über die Lohnkürzung schaden? Schni schna schnappi Steuerzahler. Sollte man nicht eher die Politiker durch estnische Polit-Vanilla-Ninjas eintauschen?

**Natalie Rickli.**

Zitat: \_\_\_\_\_

«Umerziehen lässt sich die Bevölkerung entgegen links-grüner Meinung nicht.» So argumentiert die FDP-Fraktion des Groschen Gemeinderates in einer Mitteilung für den baldigen und effizienten Bau des Parkhauses auf dem Lindareal. Trotz des ungenügenden Parkplatzangebotes würden viele mit dem Auto zum Spital fahren, und der enorme Suchverkehr belästige und drangsaliere die umliegenden Wohnquartiere Tag für Tag. Vor allem spricht sich die FDP gegen die vom VCS geforderte Umweltverträglichkeitsprüfung aus: «In der Haldenstrasse ergeben sich gefährliche Situationen durch stehende Kolonnen, welche die Umwelt mindestens so sehr belasten wie allenfalls einige Parkplätze mehr, als es die Umweltverträglichkeitsprüfung zuliesse.»

**blu.**

## Idee:

Kommerzielles Potenzial hätte das Projekt [www.dummeumfragen.ch](http://www.dummeumfragen.ch) zwar kaum, der surfenden Menschheit könnte es aber trotzdem etwas Überflüssiges vom Bildschirm schaffen: nämlich jene Umfragen auf Zeitungs-Homepage, die mit dummen Fragen und aussagelosen Resultaten aufwarten. Würden genügend viele Personen organisiert die jeweils dümmste Antwort wählen, dann wären die Fragen wohl rasch verschwunden. Einige Beispiele gefällig als Beweis, dass ein solches Projekt nützlich wäre? Der «Tages-Anzeiger» will wissen, ob man Schnee toll findet. Beim «Landboten» meinten 11 von 376 Surferinnen, dass die Forderung des VCS «übertrieben» sei. Und bei der «Elgger Zeitung» haben seit 3. November 65 Personen ihre Meinung zu Rasern abgegeben. **rü.**

# Der Zank um die drei Lohnprozente.

Stadttrat Ernst Wohlwend kündigte in einer Pressekonferenz zur Lohnkürzung an, dass bei einem Nein mit Massentlassungen zu rechnen ist. Sind Drohungen gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern und dem Personal der neue Führungsstil der SP? Solche Aussagen einer so genannten Arbeiterpartei könnten sich leicht zu einem Rückenschuss für die Partei entwickeln. Im Weiteren müsste man sich überlegen, ob bei einer Massentlassung nicht auch das Parlament um einige Mitglieder verkleinert werden sollte. Winterthur wäre auch mit weniger Politikern regierbar. Dies wäre sicher eine weitere Sparmassnahme.

**Hans-Peter Hofer**, Winterthur.

In einem ganzseitigen Zeitungsinsert hat die SP Winterthur am 30. Dezember ein Ja zur Besoldungsvorlage empfohlen. Es ist erfreulich, dass die SP Ja zu den Anstrengungen für einen ausgeglichenen Haushalt sagt und sich damit von der eigennützigsten Politik der Gewerkschaften distanziert. Nicht ganz ehrlich ist dagegen ihr Versuch, die Ursache für die Finanznot den bürgerlichen Parteien zuzuschreiben. Schuld an der Misere sind nicht Steuersenkungen, sondern das massive Ausgabenwachstum der vergangenen Jahre. Hier fehlt den Sozialdemokraten offensichtlich noch die Fähigkeit zu Selbstkritik, sind sie es doch hauptsächlich, die keine Gelegenheit auslassen, dem öffentlichen Haushalt stets neue Aufgaben zu überbürden. Die Stadt lebt über ihre Verhältnisse, was auf die Dauer nicht gut gehen kann. Wenn bei den Sozialdemokraten die Einsicht reift, dass die Zeiten, in denen man sich alles leisten konnte, endgültig vorbei sind, besteht die Chance, dass ein Weg eingeschlagen werden kann, der dem Gesamtwohl der Stadt förderlich ist.

**Ruth Werren**, FDP-Gemeinderätin, Winterthur.

Nun sollen wieder die Angestellten herhalten für die jahrelange Misswirtschaft in der Stadtverwaltung. Da werden für Zehntausende von Franken neue Busse umgespritzt. Warum hat man nicht schon bei deren Bestellung die richtige Farbe bestimm-

men können? Für die zehn Millionen Schulden des Erb-Konzerns kann der Stadtpräsident einfach lakonisch sagen, man werde sie halt abschreiben müssen. Seine Androhung, bei Verwerfung der Vorlage drohten Massentlassungen, ist völlig unhaltbar. Oder gedenkt er etwa, das Abfuhrwesen oder die Verkehrsbetriebe auszulagern? Früher haben die Gewerkschaften und die SP noch zusammengehalten. Heute macht die SP noch mit bei diesem miesen Spiel. Die scheinen mir wirklich immer unglaubwürdiger zu werden. Wenn in der Stadtverwaltung so weitergewurstelt wird, werden auch die gestohlenen drei Lohnprozente nicht weit reichen. Es wäre auch einmal zu überlegen, ob es wirklich sieben Stadträte braucht, fünf würden auch genügen.

**Niklaus Amacker**, Winterthur.

Gemäss einem Zeitungsbericht über den Neujahrsapéro der Winterthurer Versicherungen hat der CEO der Firma dem Stadtrat dazu gratuliert, dass er die Löhne der Angestellten kürzen und den Steuerfuss anheben will. Ich nehme an, dass es unter den Städtischen Leuten gibt, die bei der Winterthur eine Versicherung abgeschlossen haben. Sie werden bestimmt erfreut sein über diese Einmischung des höchsten Winterthurers und weiterhin gerne die Versicherungsprämien bezahlen. Hofft der CEO auf die Annahme der Abstimmungsvorlage, damit er dann seinen Schäflein ebenfalls eine Lohnkürzung zumuten kann? Für mich ist die Stellungnahme des CEO eine unzulässige Einmischung in den Abstimmungskampf. Aber diese Einmischung hat bei der Winterthurer Tradition. Anlässlich der Ersatzwahl für Albert Egli, als Ernst Wohlwend und Ruth Werren zur Wahl standen, mischte sich der damalige oberste Winterthurer, Herr Spälti, in Hettlingen (!) wohnhaft, mit Inseraten in den Wahlkampf ein, indem er Frau Werren zur Wahl empfahl. Das ist eben unsere Demokratie: Die CEOs können sich, nicht als Bürger, sondern als Arbeitgeber einmischen, wir aber haben nichts zu sagen zu den Geschäftspraktiken der Firmen.

**Peter Schöchlin**, Winterthur.

Als städtische Angestellte und Parlamentsmitglied bin ich Partei. Das ist mir bewusst. Städtische Angestellte sind weder fauler noch fleissiger als Angestellte in der Privatwirtschaft. Sie sind gleichermaßen beflissen, ihre Aufgaben zu unserer aller Zufriedenheit zu erledigen. Eine Umfrage bei der Winterthurer Bevölkerung hat 2003 einen hohen Zufriedenheitsgrad festgestellt, was die Stadtregierung damals mit Stolz und Freude erfüllt hatte. Dass nun 2005 diejenigen, die sich im Dienste der Winterthurer Bevölkerung ohnehin am meisten für deren Wohl einsetzen, bestraft werden sollen, ist ein Hohn. Es ist nicht die Lohnneinbusse, die für Unmut sorgt, sondern die unverschuldete Geringschätzung. Liebe Stimmbürgerin, lieber Stimmbürger – seien Sie parteiisch für ein Winterthur, das nicht zuletzt durch den Einsatz des städtischen Personals funktioniert, lebenswert ist und bleibt. Der schönste Dank für das Personal ist Ihr Nein zu den Kürzungen.

**Ursula Dolski**, parteilose Gemeinderätin, Winterthur.

Die Stadt Winterthur ist die einzige Verwaltung weit und breit, die ihrem Personal die Löhne kürzen will. Stadt und Kanton Zürich und damit auch alle übrigen Gemeinden des Kantons gleichen ihrem Personal die Teuerung aus und geben teilweise Realloohnerhöhungen. Auch in der Privatwirtschaft sind 1 bis 2 Prozent Lohnerhöhung ab Januar 2005 die Regel. Und in diesem Umfeld will die sechstgrösste Stadt der Schweiz ihrem Personal 3 Prozent Lohn wegnehmen. Verursachergerecht ist diese Lohnkürzung nicht, denn am städtischen Personal liegt es nicht, dass Winterthur finanzielle Schwierigkeiten hat. Nachdem die bürgerlich dominierten Parlamente jahrelang Steuergeschenke an Reiche verteilt haben, machen jetzt die Linken in Winterthur den Sack zu, indem sie die Ausgaben den gesunkenen Einnahmen anpassen. Ich mache nicht mit bei diesem Spiel und stimme Nein.

**Rosmarie Stabel-Giussani**, Winterthur.